

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: K. Debel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementpreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.

Illustrierung für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Die Wohnungsfrage.

I. *)

Die nachfolgende kleine Arbeit hat zum Zwecke, in einer für das soziale Leben hochwichtigen Frage — der Wohnungsfrage — praktische Anhaltspunkte zu gewinnen, um dieselbe einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Wir werden uns darauf beschränken, im engen Rahmen dieser speziellen Frage stehen zu bleiben, und nur Sorge tragen, bei keinem Schritt unserer Ausführungen den Boden der allgemeinen Prinzipien zu verlassen. Der Umwälzungsprozess der Gesellschaft ist heute intensiver, durchgreifender, mächtvoller als je. Dringender aber auch und gebieterischer tritt an uns die Forderung heran, diesem Prozess freieitlicher Gestaltung in allen Gebieten des menschlichen Lebens unsere ganze Hingabe, unser persönliches Wohl und Wehe zu weihen, endlich einmal vom Standpunkte allgemeiner Prinzipien aus in's wirkliche Leben überzugreifen, und als Partei des Fortschritts und des Rechtes unsere bestimmten sozialen Forderungen genau zu formulieren. Es gilt mit Einem Worte zu zeigen, ob die soziale Demokratie wirklich das ist, was sie zu sein beansprucht, nicht bloß diese oder jene politische Partei, wie andere auch, sondern schlechthin die Partei des Rechts, der Freiheit und der Zukunft.

Unter allen Klagen, welche von den Politikern sämtlicher Parteien in ihrer relativen Berechtigung anerkannt werden, steht die Wohnungsnoth, d. h. die enorme Theuerung der Mietwohnungen obenan. Zum Beweise, daß diese Frage hier in Wien nachgerade sehr brennend geworden ist, genügt die eine Thatsache, daß der Gemeinderath unserer guten Stadt in der Sitzung vom 10. Mai v. J. die Einsetzung einer Kommission „zur Abhilfe der Wohnungsnoth“ verfügt hat. Die Mißstände, welche der Wohnungsnoth entspringen, sind so mannigfacher, so tiefgreifender Art, daß selbst die Rosenlaune des Liberalismus darüber strauchelt. Wer da weiß, wie eng die Wohnung mit dem Familienbegriff überhaupt und allen sittlichen Werten zusammenhängt, wie tief ferner neben den sittlichen Momenten die leiblichen, gesundheitlichen Verhältnisse dadurch berührt werden, ist keinen Augenblick im Zweifel, daß wir in der Wohnungsfrage eine Frage von der allerwichtigsten sozialen Bedeutung vor uns haben. Erkennen doch selbst die Väter der Stadt im motivirten Gutachten ihres oben erwähnten Antrages, daß die Wohnungsnoth bereits „als eine große öffentliche Kalamität schwer empfunden wird“, und daß ohne Gegenhilfe „binnen kürzester Zeit große Schichten der Bevölkerung der ökonomischen und sozialen Zerrüttung preisgegeben würden.“ Wir sehen, der Liberalismus — und der Liberalismus des Wiener Gemeinderaths ist nahezu sprichwörtlich seit den Heldenthaten des seligen Dr. Zelinka — erkennt theoretisch und praktisch mit rühmendswerther Energie die in Rede stehende soziale Krankheit an; seine Heilmittel werden wir später kennen lernen.

Da uns so oft und viel der lächerliche Bowswurf gemacht wird, wir treiben Klassenpolitik, wir streben eine Klassenherrschaft an und dergleichen mehr, so betonen wir zunächst und ausdrücklich, daß die Wohnungsfrage keineswegs ausschließlich das Proletariat betrifft, sondern im Gegentheil — sie interessiert in ganz hervorragender Weise den eigentlichen Mittelstand, das Kleingewerbe, die kleine Bourgeoisie, die gesammte Bureaukratie, kurz alle Glieder der Gesellschaft, welche nicht selbst Eigentümer, Besitzer von Häusern oder eigenen Wohnungen sind. Ja, bei einer richtigen Auffassung der ganzen Sachlage, wenn eine solche von den eben erwähnten gesellschaftlichen Klassen zu erwarten wäre, ist gerade die Wohnungsfrage derjenige Punkt der sozialen Reformen, welcher mehr als alle andern geeignet erscheint, die absolute innere Identität der Interessen des Proletariats einerseits und der eigentlichen Mittelklassen der Gesellschaft andererseits aufzudecken. Die Mittelklassen leiden eben so stark, vielleicht noch stärker unter der drückenden Fessel der Mietwohnung, als das Proletariat; ihr durchschnittliches Bedürfnis ist ein höheres, und die Mittel, dasselbe zu befriedigen, sind verhältnismäßig geringer. Die eigentlichen Mittelklassen der Gesellschaft stehen heute vor der Frage, ob sie, wie bis jetzt, so noch ferner gewillt sind, in der Politik und im sozialen Leben das einfache Anhängsel der industriellen und finanziellen Feudalität zu bilden, oder ob sie die Kraft finden werden, sich aus dieser sklavischen Abhängigkeit zu befreien und im Bunde mit der jugendkräftigen und energievollen Arbeiterpartei in den Umgestaltungsprozess der Gesellschaft einzugreifen, dessen Segnungen gerade ihnen vor allen zugute kommen werden. Möchten sie doch an der Hand der sie so unmittelbar berührenden Wohnungsfrage zur Erkenntnis kommen, auf welcher Seite ihr wahres Interesse, ihr gesellschaftliches Sein oder Nichtsein liegt.

Herr Reschauer hat in einer lesenswerthen, mit vieler

Wärme geschriebenen Broschüre *) auf's Klarste bewiesen, daß die Wohnungsnoth unter den heutigen Verhältnissen der un-mittelbarsten, direktesten und gewaltigsten Feind des Kleingewerbes ist. Wir werden weiter unten sehen, daß seine Vorschläge zur Abhilfe dieser furchtbaren Noth zwar sehr wohlgemeint, aber im Prinzip verfehlt sind, können uns aber nicht enthalten, die Schrift auf's Wärmste zu empfehlen. Der sachlich schildernde Theil ist objektiv gehalten, die wirklichen Uebel sind schonungslos aufgedeckt, und endlich enthält die Schrift äußerst werthvolle statistische Notizen; wir werden im Laufe unserer Untersuchung hin und wieder darauf zurückkommen.

Es versteht sich von selbst, daß die Wohnungsfrage so wenig als irgend ein anderer Zweig der sozialen Reform für sich allein vollkommen gelöst werden kann, alle Glieder der sozialen Frage greifen organisch in einander ein, und wenn erst einmal der Stier bei den Hörnern gefaßt ist, so werden alle miteinander in die Verwirrung, d. h. in's Leben eintreten. Der Stier aber, der an den Hörnern gefaßt werden muß, ist die Produktivität des Kapitals, wie es die liberale Schule der National-Oekonomie nennt, die in Wahrheit nicht existirt, die aber in ihrer scheinbaren Existenz zum Deckmantel aller Ungleichheit dient, welche auf der heutigen Gesellschaft lastet. Nur die Arbeit ist produktiv, d. h. kann Werthe schaffen, niemals das Kapital.

Eine der Formen, in welchen die sogenannte Produktivität des Kapitals am drückendsten und ausjagendsten auf der modernen Gesellschaft, insbesondere in den Städten lastet, ist die Miete. Die kleine Anzahl Eigentümer, Hausbesitzer, Kapitalisten erhebt alljährlich als Miete einen enormen Theil des allgemeinen gesellschaftlichen Produkts für sich, ein Theil, der sich nur nach Millionen schätzen läßt. Das einmal gebaute Haus dient als ewiger Rechtsstiel auf einen bestimmten Bruchtheil der gesellschaftlichen Arbeit, wenn auch der wirkliche Werth des Hauses längst schon mehr als genügend in der Form des Miethzinses an den Besitzer bezahlt wurde. So kommt es, daß ein Haus, welches z. B. vor 50 Jahren gebaut wurde, während dieser Zeit in dem Ertrag seines Miethzinses 2-, 3-, 5-, 10mal u. s. w. den ursprünglichen Kostenpreis deckte.

Im Lauf dieses Jahrhunderts, gleichen Schritt haltend mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in Europa, trat zudem eine Erscheinung auf, die unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen muß, weil sie tiefer als viele andere in den gesellschaftlichen Organismus hineinblicken läßt. Ohne jedes Zuthan von Seiten der Besitzer ist nämlich der Werth der Häuser enorm gestiegen, ganz besonders in den großen Städten, wo die Bevölkerung sich immer mehr anhäuft. Der Hauptgrund dieser Erscheinung ist die Entwicklung der Industrie und mit ihr die immer wachsende Anhäufung von Menschen in den großen Städten, dadurch die außerordentlich gesteigerte Nachfrage nach Wohnungen, zugleich die ungeheure Entwicklung und Erweiterung der Verkehrswege und Verkehrsmittel, voran der Eisenbahnen. Es ist hier nicht der Ort, näher auf diese verschiedenen Ursachen und ihre Wirkung einzugehen; was uns vor allem zu wissen interessiert, ist die Thatsache, daß im Laufe eines halben Jahrhunderts der Werth des städtischen Grund und Bodens und mit ihm der Werth der Häuser um das 2-, 3-, 5-, 10fache und darüber gestiegen ist — ohne jede persönliche Thätigkeit der Besitzer. Die Ursache hiervon liegt, wie oben bemerkt, in den allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Nennen wir den Unterschied zwischen dem ursprünglichen Kostenpreis eines Hauses, Bauplatzes u. s. f. und seinem heutigen Werthe den Mehrwerth. Wie oben bemerkt, ist dieser Mehrwerth das Resultat von Veränderungen, welche ohne jedes absichtliche Eingreifen Einzelner im Gesamttöpper der Gesellschaft sich von selbst vollziehen. Die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit hat diesen Mehrwerth erzeugt und der einfachste, billigste, gerechteste Schluss verlangt, daß dieser Mehrwerth der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit gehöre. Dieser Satz ist so einleuchtend, so wahr, daß er absolut keine Einwendung zuläßt.

Werfen wir einen Blick in die praktischen Verhältnisse; wählen wir ein Beispiel. Ein Mann hat vor 30 Jahren ein Haus gebaut, es kostete 30,000 fl. Allmählig verschönerte sich die Umgebung desselben, früher isolirt, steht es jetzt in einer schönen belebten Straße; es kann vortheilhaft zu einem Geschäft, Wirthschaft, Laden u. s. w. benützt werden, kurz das Haus bekommt eine ganze Menge Vorzüge, die früher gar nicht existirten. Dem Manne fällt ein, sein Haus heute, d. h. nach 30 Jahren zu verkaufen. Er bekommt sofort ohne Widerrede 90,000 fl. dafür, hat also 60,000 fl. mehr, als es ihn gekostet. Wir sehen ganz ab von dem dreißigjährigen Zins und verlangen nur Rechenschaft über die neuen 60,000 fl. Woher kommen sie? Aus der Veränderung der Gesellschaft. Wem gehören sie also? Der Gesellschaft. Gut! Wir gehen im Namen der Gesellschaft, des Staates zum Besitzer und bitten uns die 60,000 fl. aus. Wie wird er uns empfangen? Kein Schimpf ist groß genug, den er uns nicht an den Kopf schleudert; wir sind Diebe, Räuber, Sozialisten, Kommunisten, die sein „heili-

ges Eigenthum antasten“ und ihn seines „rechtmäßig erworbenen Gutes“ berauben. Kurz, mit dem Manne ist nicht zu spaßen, er wünscht uns sammt unserer Sophistik zum Teufel und bedankt sich schönstens für einen Staat, der ihm auf so schändliche Weise ins Handwerk greift. Als Mann der „Ordnung“ ist ihm solch unordentliches Gebaren ein Gräuel. Dieses Beispiel ist keineswegs übertrieben, es gibt Tausende und aber Tausende, welche auf diese Weise wohlhabend und reich geworden sind.

Wir aber lassen uns von den Anschuldigungen des erzürnten Hausbesizers nicht beirren, und konstatiren, daß die Gesellschaft auf den Mehrwerth des Hauses, sowie des Grund und Bodens den unläugbarsten, einzigen und gerechtesten Anspruch hat.

In Spanien wieder einmal Ministerkrise und „der Thron in Gefahr!“ Die Minister sind — und das ist das Charakteristische — an ihrer reaktionären Politik gegen die Internationale zu Grunde gegangen. Letztere befindet sich natürlich, trotz aller Verfolgungen, sehr wohl und bestens im Stand, noch etliche Ministerkrisen zu überleben.

Das traurige Schicksal der Spanischen Ordnungs-Donquixotes ist natürlich eine verlorne Lehre für die Versailler Gesellschaftsbretter, die dem Sozialismus gegenüber nur zwei leitende Gefühle haben: blinde Furcht und blinden Haß. Die Wahnsinnigen bilden sich ein, die Internationale durch ein Gesetz erdrosseln zu können, nachdem sie vergebens gesucht, sie durch Massenerschießungen aus der Welt zu schaffen! Der betreffende Gesetzentwurf ist jetzt glücklich zu Stande gekommen.

„Während die Bonapartisten ungehindert ihre Komplote anzustellen“ — schreibt ein Pariser Correspondent der Brüsseler „Internationale“ — „arbeiten unsere sogenannten demokratischen Abgeordneten mit einer unglaublichen Leichtfertigkeit für das Gelingen dieser Pläne. Wenn sie bezahlt würden, könnten sie es nicht besser thun. Die mit Ausarbeitung des Gesetzes über die Internationale beauftragte Kommission, in welcher sich Herr Tolain“ befindet, ist mit ihrem Entwurf, welcher durch jenen ehemaligen Mitgründer der Internationalen unterstützt wird, hervorgetreten. Wenn man dieses mit Noth zu Stande gebrachte Nachwerk lieh, glaubt man kaum, daß sich in jener Kommission ein Arbeiter befand, der die Nähe hatte, es zu unterstützen. Es ist ein jesuitisches Werk ersten Ranges: Nachdem in Art. 1. Gezeigt ist, daß sich jede Verbindung ohne vorhergehende Genehmigung konstituiren kann, heißt es im folgenden Artikel, daß jede Gesellschaft 14 Tage vor ihrer Konstituierung ihre Statuten und die Namen ihrer Beamten dem Präfect und Generalstaatsanwalt des Departements einreichen muß; die vollständige Liste der Mitglieder mit ihrer Wohnungsangabe muß den gedachten Beamten stets, sobald sie es wünschen, zur Verfügung gestellt werden. — Ueber das Schicksal der in Bildung begriffenen Gesellschaften spricht sich Art. 5 also aus: „Als unerlaubt gilt jede Verbindung, welche zum Ziel hat: 1) die Form der bestehenden Regierung umzuändern. 2) Der Thätigkeit der öffentlichen Gewalt hinderlich zu sein und deren Antisubversivität sich anzumachen. 3) Strikes zu provoziren, zu organisiren oder zu unterstützen, oder durch irgend ein Mittel die Freiheit der Arbeit und der Vereinbarungen zu beeinträchtigen. 4) Der freien Ausübung der Religionsdienste, den Prinzipien der öffentlichen und religiösen Moral, der Familie und des Eigenthums, gleichwie der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten zu nahe zu treten.“ Die Strafen schweben für Die, welche von der Bildung des Vereins nicht 14 Tage vorher Anzeige machen, zwischen 14 Tagen und 3 Monaten Gefängnis und 50 bis 1000 Francs Geldstrafe. Diejenigen, welche ein Ziel verfolgen, das nicht im Statut angegeben ist, werden mit 50 bis 500 Francs Strafe belegt. Wenn die Gesellschaft einen geheimen Charakter hatte, werden die Strafen verdoppelt mit Entziehung der bürgerlichen und politischen Rechte und der Rechte der Familie.

„Das sind die Grundzüge jenes famosen Gesetzes über die Verbindungen, welchem Tolain, ehemaliger Striker, Exgründer der Internationalen Arbeiterassoziation, Abgeordneter der durch das vereinigte Kapital unterdrückten Wähler, seinen Namen und seine Mitwirkung zu leihen sich nicht schämte. Bis dahin war man versucht zu glauben, daß Tolain, im Moment der Diskussion über jenes Gesetz seine früheren Fehler gut machen würde. Nach der unfehligen Mitwirkung, die er bei einer solchen Abfassung geleistet hat, steht es unbedingt fest, daß Tolain das Mandat verrathen hat, welches seine Kameraden ihm anvertraut hatten, um die großen Interessen des Proletariats zu verteidigen. Die Diskussion dieses Entwurfs wird schließlich den Vertrauensseligsten die Augen öffnen, er wird gerichtet sein.“

Braunschweig. Aufruf! An alle Arbeiter Deutschlands ergeht hiermit der Ruf, die Gemäßigten der Braunschweigischen Eisenbahnwagen-Bauanstalt schnell und nach Kräften zu unterstützen. Die Haltung ist gut, aber Geld muß in den nächsten Tagen eingehen, um vorläufig die Familienoster mit den Kindern vor direkter Noth zu bewahren. Küßt Euch, Arbeiter! Heute mir, morgen Dir! Geld für die Strikenden nimmt entgegen: Herr Franz Kruskopf, Langdammstr. 12 und die Expedition des „Vr. Volksfreund“, Henestraße 23. Um Weiterverbreitung dieses Signals werden alle arbeitserfreundlichen Blätter dringend gebeten.

*) Während des Kampfes der Kommune wurde derselbe bekanntlich aus der Internationale ausgeschlossen.

*) Diese Aufsätze sind ursprünglich für den „Volkswille“ geschrieben, der bereits 4 veröffentlicht hat, und uns von dem Verfasser für den „Volksstaat“ zur Verfügung gestellt worden. Die Aufsätze — es sind deren im Ganzen 6 — knüpfen zwar vielfach an die Wiener Verhältnisse an, und namentlich die 2 letzten beschäftigen sich mit den Vorschlägen des Wiener Gemeinderaths, allein dies thut dem allgemeinen Interesse keinen Abbruch, da es sich nicht um lokale sondern um allgemeine Mißstände handelt. R. d. B.

*) Die Wohnungsnoth und ihr schädlicher Einfluß auf die Kleingewerbetreibenden und Lohnarbeiter. Vorschläge von Heinrich Reschauer. Wien 1871. Hägel'scher Verlag.

Ueber den Einfluß der heutigen Produktion auf die Gesundheit der Arbeiter.

(Fortsetzung.)

„Nicht minder übel als bei Webern und Strumpfwirkern steht es bezüglich des Gesundheitszustandes und der Lebensdauer bei den Posamentirern.

Das **Posamentirergewerbe**, welches zum größten Theile nicht für Befriedigung wahrer Bedürfnisse, sondern für den Luxus und die Mode arbeitet, ist nicht allein abhängig von allen den Einflüssen, welche die schon genannten Gewerbe berühren, sondern außerdem auch noch von allen Launen der Mode. Wir haben es gar nicht selten erlebt, daß von einem Artikel, der die Posamentenarbeiter eines Ortes heute noch beschäftigt, 8 Tage später auch nicht ein Stück mehr bestellt und gemacht wurde. Dadurch war schon lange die Unsicherheit des Erwerbes so groß geworden, daß schon vor Beginn der letzten amerikanischen Revolutionen das naturgemäße Correctiv*, das Verlassen des Gewerbes, begonnen hatte; während der arbeitslosen Zeit aber, welche der amerikanischen Krieg mit sich brachte, verließ dann eine große Anzahl Posamentirer ihr Gewerbe und gingen zu gewöhnlicher Tagelöhnerarbeit (Eisenbahnen) oder andern Handwerken über. Dies hat zwar auf kurze Zeit eine Aufbesserung der Löhne zur Folge gehabt, aber doch nicht vermocht, das alte Elend dieser Arbeiterklasse minder sichtbar zu machen. Die durchschnittliche Lebensdauer der Posamentirerfamilien beträgt, wenn sie gesondert aus den offiziellen Sterberegistern ausgezogen werden, 13 Jahre 4 Monate (im sächs. Erzgebirge). Auch hier ist es nicht die Arbeit an sich, ebenso wenig die Stoffe, die bearbeitet werden, welche diesen Zustand herbeiführt haben, sondern ganz dieselben Ursachen, die schon bei den Webern namhaft gemacht wurden. Auch die Krankheiten sind die schon bei den Webern und Strumpfwirkern genannten, es sind eben die im Erzgebirge, Bozilande und Schlesien heimischen Krankheitsformen. Eine Eigenthümlichkeit tritt vorzüglich bei den Posamentirern hervor: wenn sie ihren Wohnort verlegen und zwischen dem 20. und 40. Lebensjahre in Gegenden kommen, die eine geringe Meereshöhe haben, so verfallen sie meist der Lungentuberculose, während in der gebirgigen Heimath diese Krankheit, trotz aller Disposition dazu, verhältnismäßig selten vorkommt. Der Grund, daß hier die Krankheit selten zur Ausbildung kommt, liegt theils in der durch das Sigen mit gedrücktem Unterleibe sich sehr bald ausbildenden hämorrhoidalkrankheit, durch welche eine Ueberfüllung der Lunge mit venösem Blute verhütet wird, theils in dem durch die Meereshöhe bedingten geringeren Luftdruck und der frischen und reinen Gebirgsluft. Beständen diese günstigen Verhältnisse nicht, so würde der Gesundheitszustand ein noch üblerer sein, als er ohnehin ist.

„Mit der Posamentirerei als Luxus- und Modegewerbe nahe verwandt ist das **Spitzenklöppeln**, das **Stiden** und das **Ausnähen** von Mull, Tüll und andern Geweben. Alle drei genannten Industriezweige haben das mit einander gemein, daß es sehr leichte körperlich nicht anstrengende Arbeiten sind, daß sie daher ausschließlich von Frauen und Kindern verrichtet werden und daß man dieselben stets sitzend ausführt. Wie die Posamentenfabrikation sind sie nicht allein von der Günstigkeit politischer und kommerzieller Conjunctionen, sondern auch von allen Launen der Mode abhängig. Die Lebensweise und Lebensverhältnisse dieser Arbeiterklasse sind ganz die nämlichen, wie sie schon bei der Weberei geschildert wurden und daher die Gesundheitsverhältnisse keine besseren wie dort. Hier ist der Hauptheerd der Blutmuth und Bleichsucht mit allen ihren Consequenzen. Verfasser hatte im Herbst 1865 Gelegenheit, an einem Tage 23 Spitzenklöpplerinnen und 18 Stideninnen im Alter von 13 bis 25 Jahren zu sehen; die ersteren waren sämmtlich entschieden blutarm und bezüglich bleichsüchtig, von den letzteren nur 2 aussehend gesund. Ueber die durchschnittliche Lebensdauer dieser Arbeiterklasse lassen sich zuverlässige Ermittlungen nicht anstellen, weil diese Arbeiterinnen in der Regel Familien von Bergleuten, Webern, Strumpfwirkern, Posamentirern und Waldarbeitern zuzuzählen sind und ihre Beschäftigung nicht in die Sterberegister eingetragen wird; sie dürfte sich aber, gesondert berechnet, kaum höher herausstellen, als die durchschnittliche Lebensdauer der bezeichneten Familien überhaupt.

„Es ist schließlich noch eines Industriezweiges zu gedenken, der mit den vorgenannten zwar keine direkte Verwandtschaft, wohl aber das mit ihnen gemein hat, daß er in seiner jetzigen Gestalt in hohem Grade geeignet ist, das Proletariat zu rekrutiren, es ist dies der

Steinkohlenbergbau.

„Außer den schon erörterten, den Gesundheitszustand der Arbeiterbevölkerung überhaupt treffenden Schädlichkeiten, treten bei diesem Zweige der Gewerthätigkeit noch ganz besondere auf, von denen einige außer dem allgemein menschlichen, noch ein ganz besonderes wissenschaftliches Interesse erregen. Man kann diese auf die Kohlenbergleute einwirkenden Schädlichkeiten einteilen in mechanische, chemische und dynamische, unter welche Bezeichnung sich auch die bereits abgehandelten allgemeinen Schädlichkeiten begreifen lassen.

Als **mechanische Schädlichkeit** oben an steht die Schwere und Schwerfälligkeit der Bergarbeit überhaupt. Schon das Losheben von Gestein oder Kohlen erfordert, der ziemlich schweren Werkzeuge wegen, tüchtige Muskelkraft, noch mehr aber die Fortschaffung der losgebrochenen Kohlen oder Steine auf oft sehr unebenen Strecken. Ein Karren mit 6 sächsischen Scheffeln Kohle wiegt 11—13 Ctr., dazu kommt, daß die schlechte Beschaffenheit der Schienenwege häufig ein Entgleisen der Fördergefäße veranlaßt, wodurch dann die Förderleute genöthigt sind, den schweren Karren wieder in das Gleis zu heben. Da nur 1, höchstens 2 Mann einen Karren zu fördern haben, so ist das Einheben eines entgleisten nur mit der äußersten Anstrengung zu bewirken und daher Dehnung der Muskeln und Gelenkbänder eine sehr gewöhnliche Folge dieser Verrichtung. „Ich habe mir Schaden gethan,“ ist ein den Knappschafftsärzten täglich vorkommender Ausdruck, mit dem sich die Arbeiter ihnen vorstellen. Ebenso häufig ist die Meldung, „es hat mich getroffen,“ worunter die Bergleute verstehen, daß sie von herabfallenden Stücken Gestein oder Kohlen gequetscht oder ver-

wundet worden sind. Es geschieht dies meistens dicht vor Ort, wenn Häuer oder Zimmerlinge versäumt haben, den nöthigen Holzansatz nachzuschieben; bisweilen aber bricht auch unmittelbar vor Ort so viel Kohle oder Gestein (Berge) nach, daß es nicht möglich ist, schnell genug auszuweichen, und dann kommen Verschüttungen und Verwundungen der verschiedensten Art vor. Im Allgemeinen kommt dieser Fall nicht (???) oft vor, da die Bestimmungen des Polizeiregulators zur Verhütung von Unglücksfällen meist (!) so weit befolgt werden, als eine unmittelbare Kontrolle möglich ist*).

„Die Beschränkungen des Raumes, die theilweise zwar durch die Natur der Sache geboten werden, theilweise aber auch viel größer sind, als es in Rücksicht auf das Arbeiterpersonal zweckmäßig erscheint, werden dadurch zu mechanischen Schädlichkeiten, daß sie es unmöglich machen, einer in Bewegung gesetzten Masse, einem in falscher Richtung sich bewegenden Körper, oder überhaupt unvermuthet eintretenden Ereignissen, z. B. Explosionen, rechtzeitig auszuweichen. Durch mechanische Schädlichkeiten werden zwar bei weitem die meisten Erkrankungen herbeigeführt, indem sie (nach den vom Verfasser als langjährigem Knappschaffts-Arzte gemachten Erfahrungen) gewöhnlich 60—70 Proz. aller Erkrankungen ausmachen, allein sie sind bei weitem nicht die wichtigsten, denn mit wenigen Ausnahmen hinterlassen sie keine nachtheiligen Folgen auf die ganze Lebenszeit der Betroffenen. Es sind eben leichte Haut- und Fleischwunden, mehr oder minder bedeutend: Quetschungen und bisweilen Knochenbrüche.

„Weit wichtiger sind die chemischen Schädlichkeiten, welche auf die Kohlenarbeiter in den Schächten und Strecken einwirken; wir zählen zu diesen die Luft, welche sie athmen und welche den Körper umgibt, das Wasser, welches sie trinken, mit dem sie umgehen und welches den Körper befeuchtet.

„Was die Luft in den Schächten betrifft, so ist da, wo nur 1 Schacht vorhanden ist, zunächst zwischen dem einfallenden (frischen) und aufsteigenden (verbrauchten) Luftstrom zu unterscheiden. Gewöhnlich sind die isolirt bestehenden Schächte in 3 Abtheilungen eingetheilt, die durch Breiterver Schlag von einander getrennt sind: 1) in den sogenannten Knappschacht, in welchem sich die Vorrichtungen zur Wasserhebung befinden, 2) den Fahrschacht, in welchem die Fahrkunst auf- und niedergeht, oder die Fahrten besetzt sind, und 3) den Förderschacht, in welchem die Fördergefäße auf- und niedergelassen werden. Die erste und zweite Abtheilung sind gewöhnlich für die einfallende atmosphärische Luft bestimmt, die dritte dagegen für den aufsteigenden Strom der verbrauchten Streckenluft. Der einfallende Luftstrom besteht daher fast immer aus reiner atmosphärischer Luft, deren Wassergehalt dem Sättigungspunkte ihrer Temperatur entspricht. Der aufsteigende Strom ist ein Gemenge sehr verschiedener Gasarten, in noch verschiedeneren Mengenverhältnissen, kann aber hier außer Betracht bleiben, weil nur selten und ausnahmsweise auf kurze Zeit sich Menschen in demselben befinden. Da wo die Arbeiter im aufsteigenden Luftstrom auf- und eingefördert werden, muß von demselben das Gleiche gelten, wie von der Streckenluft, von der wir gleich sprechen werden.

„Die Luft in den Strecken ist ein Gemenge von mehreren Gasarten, dessen Zusammensetzung von manichfachen natürlichen (gegebenen) und willkürlichen (gemachten) Verhältnissen abhängt. Wenn wir uns diese verzegebenwärtigen, finden wir, daß die chemische Mischung und bezüglich Mengung der Luft in den Steinkohlenwerken abhängig ist:

- a) von der Qualität und Mächtigkeit der Kohle,
- b) von der Größe der aufgethauenen Fläche der Kohlenflöze,
- c) von der Natur der Mineralien, welche die Decke, Sohle und etwa vorhandene Zwischenmittel bilden,
- d) von der Anzahl der in einem Steinkohlenwerke beschäftigten Arbeiter,
- e) von den Vorrichtungen zum Luftwechsel,
- f) von der Temperatur,
- g) von der Feuchtigkeit oder Trockenheit der Grube,
- h) vom Luftdruck (Barometerstand).

„Dadurch, daß immer gleichzeitig mehrere dieser Potenzen wirksam sind, daß nach Zeit und Ort die Wirksamkeit der einzelnen stets wechselt, wird die Luftmischung in den Steinkohlenwerken so vielfach variiert, daß sie sich voraus durchaus nicht bestimmen läßt.

„Zu a. Die beiden Hauptsorten der Kohle, wie wir dieselben in Sachsen haben, Pechkohle und Rußkohle, unterscheiden sich wesentlich bezüglich der spontanen Gasentwicklung, indem es vorzüglich die Rußkohle ist, aus und durch welche sich irrespirable (uncinathmungsbare) Gase entwickeln. Es ist dabei wieder zu unterscheiden das Kohlenwasserstoffgas, welches aus den Rissen, Spalten und Einbrüchen ausströmt und, sich selbst überlassen, sich stets an den höchst gelegenen Punkten der Strecken sammelt und von da aus, nach stattgefundener Vermischung mit atmosphärischer Luft, die sehr gefährlichen und gefährdeten Explosionen verursacht, und dann die Kohlenflöze, welche Produkt eines Oxydationsprozesses ist, der durch feinen Kohlenstaub in Verbindung mit wechselnder atmosphärischer Luft eingeleitet und durch erhöhte Temperatur und Feuchtigkeit befördert wird.

„Auch aus den Spalten und Rissen der Pechkohle entwickelt sich bisweilen Kohlenwasserstoffgas; doch seltener als aus der Rußkohle. Bildung von Kohlenflözen aus Pechkohle findet nur bei sehr feiner Zerkleinerung derselben und langem Liegen an der Luft statt.

„Zu b. Von der Größe der Fläche der aufgethauenen Kohlenflöze wird zum Theil die Erzeugung von Kohlenflözen bedingt, indem sich an der der Luft zugänglich gewordenen Oberfläche der Rußkohle ein Oxydationsprozeß bildet, welcher der Streckenluft einen Theil ihres Sauerstoffes entzieht.

„Das Austreten von Kohlenwasserstoffgas wird von der aufgethauenen Kohlenfläche nur insoweit bedingt, als dadurch Spalten und Risse ausgefüllt werden, aus denen es entweicht.

„Daß das Kohlenwasserstoffgas fertig gebildet in den Klüften und Spalten der Steinkohle vorhanden, und daß es ein Produkt des ursprünglichen Verkohlungsprozesses ist, das

beweisen die sogenannten „Bläser“, die, entzündet, sofort zu brennen aufhören, sobald das Gleichgewicht mit dem atmosphärischen Luftdruck hergestellt ist. Daß manche Bläser nach Wochen und Monaten wieder Kohlenwasserstoff ausströmen lassen, ist kein Beweis von der Neubildung desselben, sondern stets die Folge veränderter Druckverhältnisse. Mit Chemikalien ist daher nichts dagegen auszurichten.

„Zu c. In der Decke, der Sohle und den Zwischenmitteln (Schären) der Kohlenflöze, die gewöhnlich in der Hauptsache aus Schieferstein und bezüglich Thonschiefer bestehen, sind sehr häufig Schwefelkiese und Schwefelalkalien enthalten; durch Berührung mit feuchter atmosphärischer Luft und begünstigt durch die ziemlich hohe Temperatur der Strecken, oxydiren sich diese Schwefelverbindungen und entziehen der atmosphärischen Luft einen Theil ihres Sauerstoffes. Die bei diesem bisweilen complicirten Prozesse entstehende Erhitzung ist die gewöhnliche Ursache der Grubenbrände, daher derselbe indirekt auch zur Bildung von Kohlenflözen und Kohlenoxydgas Anlaß giebt. Auch das bisweilen vorhandene Schwefelwasserstoffgas findet theilweise seine Quelle in diesen Prozessen.

„Zu d. Durch die Prozesse des Stoffwechsels, Athmung, Hautausdünstung, Hantauslösung, feste, flüssige und gasförmige Excretionen, wird natürlich die Zusammensetzung der Luft in geschlossenen Räumen wesentlich verändert. Der Verbrauch des Sauerstoffes ist hier das Hauptmoment, dessen Nachtheile um so stärker hervortreten, je mehr Menschen sich in einem bestimmten Raume befinden. Kohlenflöze und freier Stickstoff finden theilweise ihre Quelle in diesen organisch-chemischen Prozessen; das Vorhandensein von freiem Ammoniak wird sich hier nur von diesen Prozessen ableiten lassen.

„Zu e. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Luft in den Strecken der Kohlenwerke um so besser sein wird, je schneller und vollständiger der Austausch mit reiner atmosphärischer Luft erfolgt, je vollkommener die darauf einwirkenden Vorrichtungen sind, und je sorgfältiger sie erhalten werden. Wir kommen auf den Gegenstand zurück, wenn von den Maßregeln zur Verbesserung der Luft in den Strecken die Rede sein wird.

„Zu f. Die Temperatur hat in sofern Einfluß auf die Streckenluft, als durch dieselbe der Luftwechsel beschleunigt oder verlangsamt wird; hohe Temperatur trägt auch wesentlich zur Einleitung der bereits erwähnten chemischen Prozesse bei.

„Zu g. Trockenheit oder Feuchtigkeit beeinflusst die Zusammensetzung der Streckenluft unmittelbar durch das Wehr oder Minder des darin enthaltenen Wassergases, außerdem werden dadurch alle hier vorkommenden chemischen Prozesse befördernd oder verlangsamt alterirt (verändert).

„Zu h. Der Barometerstand, Luftdruck, scheint nur in sofern Einfluß auf die Zusammensetzung der Streckenluft zu üben, als bei hohem Luftdruck weit weniger Entwicklung von Kohlenwasserstoffgas vorkommt, als bei niedrigem. In tiefen Gruben macht sich dieser Einfluß sehr deutlich bemerkbar, wogegen bis zur Tiefe von 800 Pariser Fuß nichts davon zu bemerken ist.

„Aus dem Vorhergehenden ergibt sich schon, aus welchen Bestandtheilen die Luft in den Strecken der Steinkohlenwerke zusammengesetzt ist; es ist also 1) atmosphärische Luft, 2) Kohlenflöze, 3) Kohlenoxydgas, 4) Kohlenwasserstoffgas, 5) Schwefelwasserstoffgas, 6) freier Stickstoff, 7) Ammoniak und 8) Wassergas.

„Es ist indeß hierzu zu bemerken, daß nicht immer alle diese Bestandtheile gleichzeitig vorhanden sind. Verzegebenwärtigen wir uns den Ursprung dieser Gase, so finden wir, daß die atmosphärische Luft von außen zugeleitet wird; das Vorhandensein derselben in genügender Menge ist die wesentlichste Bedingung für die Möglichkeit, in den betreffenden Räumen zu arbeiten. Alle übrigen Bestandtheile der Streckenluft sind unwesentliche und bezüglich schädliche.

„Die Kohlenflöze bildet sich, wie bereits erwähnt, durch einen Oxydationsprozeß an den aufgethauenen Flächen der Flöze und durch Kohlenstaub und Staub, wenn dieselben unter dem Einfluß feuchter Wärme einige Zeit mit atmosphärischer Luft in Berührung bleiben, außerdem als Produkt der Athmungs- und Verbrennungsprozesse. Man findet dieselbe in Strecken, in denen keine Bewegung von Menschen oder Fördergefäßen stattgefunden hat, auf der Sohle in Schichten von 3 bis 18 Zoll Höhe in vollkommen reinem Zustande. Bei lebhafter Bewegung in den Strecken mischt sie sich mit den übrigen Gasen und belästigt dadurch das Athmen in hohem Grade, wird sogar Veranlassung, daß das Licht in den Blenden verloscht. Selbst ziemlich starker Zug, wenn er sich konstant in einer Richtung bewegt, ist nicht vermagend die Kohlenflöze ganz von der Streckensohle zu verdrängen; durch die Hin- und Herbewegung von Menschen und Fördergefäßen wird die schichtenweise Ansammlung zwar verhindert, aber die Vermischung mit der atmosphärischen Luft wesentlich befördert. Die Kohlenflöze ist daher einer der schlimmsten Feinde der Arbeiter in den Gruben.

„Das Kohlenoxydgas, ein nicht minder gefährlicher, aber weniger oft sich zeigender Feind der Grubenarbeiter, findet seine Entstehung in unvollkommenen Verbrennungsprozessen von Kohlen oder Holzwerk; gewöhnlich werden dieselben verursacht durch die Erhitzung von Schwefelkiesen, die sich dann den unmittelbar anliegenden Kohlen oder hölzernen Stempeln und Kappen mittheilt. Der eigenthümlich fälschlich brandige Geruch dieses Gases läßt es um so leichter erkennen, als die Diffusion (Vermischung) mit der atmosphärischen Luft sehr schnell erfolgt; es belästigt das Athmen im hohen Grade, verursacht Kopfschmerz und Uebelkeit und bezeichnet stets die Gefahr eines Grubenbrandes. „Gottes Segen“ in Lugau und „Hedwigschacht“ in Delnsitz liefern, außer manchen andern Kohlenwerken, mehrfach recht starke Belege hierzu.

„Der Ursprung des Kohlenwasserstoffgases wurde schon angegeben; einmal befreit, tritt es vermöge seines geringen spezifischen Gewichtes an die höchsten Stellen der Strecken und bezüglich der Einbrüche; wird es hier gleich oder bald nach seinem Austritt, ehe es sich noch mit atmosphärischer Luft gemengt und in großer Menge gesammelt hat, entzündet, so verbrennt es in ganz unschädlicher Weise; entzündet sich dagegen große Quantitäten, so entsteht theils die Gefahr der Verbrennung, theils auch durch zurückbleibenden Stickstoff und Kohlenflöze Gefahr der Erstickung der Arbeiter. Am gefährlichsten aber sind die Explosionen, für die Arbeiter sowohl

*) Verbesserungsmittel.

*) Die zweite Hälfte des Satzes („meist“) scheint uns eine gründliche Widerlegung der ersten („nicht oft“) zu sein. Red. d. B.

als für den Bau; sie entstehen, wenn sich Kohlenwasserstoffgas und atmosphärische Luft in dem Verhältnis mengen, daß Wasserstoff und Sauerstoff zusammen gerade Wasser bilden können, also ca. 11 Proc. Kohlenwasserstoffgas mit 89 Proc. atmosphärischer Luft. Ist dieses Verhältnis um 3 oder mehr Prozent überschritten, so hört zwar die Explosionsfähigkeit des Gemenges auf, aber nicht die Schädlichkeit für Gehirn und Lunge. Die Blutbildung und Arterialität des Blutes leiden in auffälliger Weise, während die Venosität*) überhand nimmt, und nur theilweise durch vermehrte Thätigkeit der Haut ausgeglichen wird.

Schwefelwasserstoffgas findet seinen Ursprung theils in der Berührung von Schwefelalkalien mit feuchter Luft, theils in den Rübelen, worin die Exkremente der Arbeiter gesammelt werden, theils auch in unmittelbar in die Luft tretenden gasförmigen Exkrementen. Es ist nur selten in größerer Menge vorhanden, hilft aber doch die Athmungsorgane belästigen.

Der freie Stickstoff ist theilweise als der nach Verbrennungsprozessen zurückbleibende Theil der atmosphärischen Luft zu betrachten, theils auch ist er ein Erzeugniß des Athmungsprozesses. Er belästigt das Athmen im höchsten Grade, kommt aber doch nur selten in solchen Quantitäten vor, daß er unmittelbar Erstickung bewirkt; es tritt dieser Fall nur dann ein, wenn, wie schon bemerkt wurde, große Mengen von Kohlenwasserstoffgas abtrennen, ohne zu explodiren und die Arbeiter sich nicht schnell genug entfernen können.

Das Ammoniak, welches immer nur in kleinen Mengen vorhanden ist, findet seinen Ursprung in der Hautaustrüstung der Arbeiter. Die Quantität desselben scheint mit der Höhe der Temperatur in geradem Verhältnis zu stehen.

Das Wassergas, in so weit es nicht schon ursprünglich in der zugeleiteten Luft enthalten ist, wird derselben auf ihrem Wege längs der Wasserpumpen zugemischt; in der Regel ist in der absteigenden Luft so viel Wasser enthalten, als dieselbe bei der betreffenden Temperatur aufzunehmen vermag. Die Wirkungen der Wärme auf den Körper werden durch diesen Wassergehalt der Luft wesentlich modificirt, bezüglich verhärtet, außerdem ist er, wie schon bemerkt, ein Förderungs mittel für manche in der Grube vorkommenden chemischen Prozesse.

(Fortsetzung folgt.)

Wien, 27. Januar. Der „Volkswille“ wurde in voriger Woche wieder einmal konfisziert. Anlässlich dieser Konfiskation wurden auch Hausdurchsuchungen im Arbeiterbildungsverein, Magdalenstraße 104, und im Vereinslokale der Buchbinder, Lederarbeiter u. (Fortuna) vorgenommen. — Bei Ferdinand Weiß, bei Leopold Jennersdorfer und bei Johann Papst fanden ebenfalls Hausdurchsuchungen statt. Ferdinand Weiß, Leopold Jennersdorfer und dessen drei Töchter sollen laut Hausdurchsuchungsbefehl des Vergehens nach § 305, eventuell des Verbrechens nach § 65 verdächtig sein. Johann Papst soll nach Angabe des wegen Hochverrath in Untersuchung gezogenen Ludwig Neumayr von Wiener-Neustadt dessen Briefverkehr mit dem Auslande vermittelt haben. Bei Ferdinand Weiß wurde ein Arbeiterkalender und sämtliche Lassalle'sche Schriften; bei Jennersdorfer einige Notizen und Gedichte, bei Papst einige alte Geschäftsbücher der Administration des „Volkswille“ mit Beschlagnahme belegt. Was uns am meisten überraschte, war die Nachricht, daß Neumayr wegen Hochverrath in Untersuchung gezogen worden sei. — Neumayr, zuletzt als Agent des „Wanderer“ in den österreichischen Provinzen thätig, kam vor einigen Monaten nach Wien. Seine Freunde unterstützten ihn direkt und indirekt nach Kräften, doch gelang es ihnen nicht, ihn dazu zu bewegen, irgend eine lohnende Beschäftigung anzunehmen. Dagegen sprach er stets von Broschüren, die er veröffentlichen wolle, und von großen Aktionen, die bewerkstelligt werden müssten. Nebenbei stellte er an seine Freunde Anträge, die zu dem Glauben berechtigten, daß Neumayr irrsinnig geworden sei. Als man seinen Anträgen kein Gehör schenkte, erklärte er, daß er nun die Diktatur der Partei übernehmen und alle Vereine sprengen werde. Aus dem Verein „Freiheit“ trat er aus, opponirte gegen den Ausschuss des Arbeiterbildungsvereins und trat in Verbindung mit jenen theils arbeitsscheuen, theils geistesbeschränkten Individuen, welche in letzter Zeit im Arbeiterbildungsvereine kleine Skandale hervorgerufen haben. — Diesen spiegelte er vor, daß er Briefe von der „Internationale“ besitze, welche die Vertrauensmänner der Partei kompromittirten, gleichwie der selbungsvoll blinzelnde Schüler des Religionsstifters Tauschinski, der Logik und Rhetorik lehrende Gymnasiast Reimthal, und der famose Straßer den Leuten erzählten, Franz Fischer könne einen Grafen, der sehr wichtige an den Grafen Beust gerichtete Briefe besitze, und daß die Herren Simon Deutsch und Alexander Scharf den „Volkswille“ zu Verfassungsveränderungen benötigten. — Mehrere Tage vor Weihnachten erklärte Neumayr, daß die Partei ihm binnen drei Tagen 200 fl. und eine Wohnung in Heinrichshof verschaffen müsse. Er wolle sich einen Fackel halten und bei Sacher speisen und die Partei müsse ihm schon deshalb die Mittel dazu geben, weil er ihr Opposition machen müsse. — Da seine sonstigen Reueuerungen auch befürchten ließen, daß die Polizei auf ihn aufmerksam werde, so stellte man ihm die Gefahr seiner Verhaftung vor. Er erklärte aber, er wolle um jeden Preis einen Hochverrathprozess. Da auf diese Weise die Anzeichen des Irrens immer deutlicher hervortraten, wurde bereits Rücksprache mit einem Arzte genommen, der ihn ärztlich behandeln sollte, und das Unterstützungs-Komitee beschloß, Neumayr zu unterstützen, sobald er sich in einer Krankenanstalt befinde. (Nach einem früheren Beschlusse kann dieses Komitee jedoch Leute nicht unterstützen, die mutwillig einen Prozess heraufbeschwören.) Neumayr sollte aber bald jede ärztliche Intervention umhinlich machen. — Anlässlich eines kleinen Konflikts mit einem Polizeiwache erhielt Neumayr eine Vorladung zum Polizeikommissariat Mariabil. — Dort geberdete er sich wie ein Wühler.

Als ihn Kommissar Kusmanek entließ, verlangte er einen Wagen und setzte sich in die Wachtube, wo er mit den Wachmännern Streit begann. — Hierauf ließ Kommissar Kusmanek Neumayr zur Polizeibehörde des Bezirks Margarethe, wo Neumayr wohnte, bringen, und dort scheint er seine definitive Verhaftung durchgesetzt zu haben. — Das Landesgericht hat nun auch nicht geögert, den Wunsch des geisteskranken Neumayr zu befriedigen und einen Hochverrathprozess gegen ihn eingeleitet. („Volkswille“).

Eßlingen. Unsere Stadt war früher eine der Hauptstühle der schwäbischen Volkspartei, zu deren Mitgliedern einige der größten hiesigen Fabrikanten, z. B. Daffner, gehören. Unter den tüchtigsten unserer Parteigenossen sind mehrere frühere Volksparteiler, welche die Hauptvorzüge ihres früheren Parteilebens, Geschick und Sinn für eine tüchtige Agitation beibehalten haben. Die Volkspartei selbst in Württemberg ist in vollständiger Auflösung begriffen, der Ausschuss läßt händeringend Briefe zirkuliren, man möge doch dem Organ, dem „Beobachter“, auf die Beine helfen. Als Charakteristikon diene noch folgendes Häßche: Bei einer jüngsten Versammlung der Volkspartei in Blochingen schlug ein angesehenes Mitglied „die Vereinigung sämtlicher liberalen Parteien“ vor. Das war denn doch dem Gros der Versammlung zu stark. Man ging zur Tagesordnung über. Privatim kann man von den Herren Volksparteilern alles mögliche Erbauliche hören. Ihr Organ ist entseflich matt und farblos.

Dem Verdienst seine — Bezahlung! Wir halten es für unsere Pflicht, zu konstatiren, daß der „Neue Sozial-Demokrat“ die Befehle seiner geheimen Söhner nicht nur eifrig, sondern auch erfolgreich ausführt. Das „Diario oficial de Avisos“, ein Regierungsblatt in Madrid, sagt: „Wie es scheint, hat die Internationale den Pfad der Spaltungen betreten, und ihre Führer, seit dem Fall der Commune von Paris sehr zahlreich, fangen an, sich in die Haare zu gerathen. Das Organ der Berliner Arbeiterverbindung, der „Neue Sozial-Demokrat“, veröffentlicht die folgenden interessanten Mittheilungen“ u. s. w. Es folgt dann ein Auszug aus den neulich vom „Neuen Sozial-Demokrat“ verbreiteten obgeschnittenen Lügen über die Internationale.

Leider erklärt die „Emanzipacion“ von Madrid, Organ des Föderalraths der spanischen Internationalen, hierauf was folgt:

„Das „Diario“ weiß nicht, daß der „Neue Sozial-Demokrat“ an Bismarck verkauft ist, der früher versucht hat und noch jetzt versucht, die deutsche Arbeiterklasse in seine Politik zu verwickeln. Um seinen Zweck besser zu erreichen, verbreitet er jetzt das Gerücht vom Tode der Internationalen, gerade wie während des Krieges französische Regierungsblätter täglich den Tod von Wolke, Bismarck und andern, sich vollständiger Gesundheit erfreuenden Herren verkündigten. Vor ein paar Tagen kündigte derselbe Bismarck den deutschen Arbeitern an, er werde sie gegen die Internationale — beschützen! Dieser Wunsch unserer Feinde, uns getheilt zu sehen, möge uns zur Warnung dienen.“

Bravo, „Neuer“! Zulage bekommen!

Ueber den modernen Begriff der staatsgefährlichen Lehren

von Emil Roland.

(Anlässlich der jüngsten und noch schwebenden Sozialistenprozesse.)
Es kann für einen nachdenkenden Menschen nichts Lächerlicheres und zugleich Krautigeres geben, als den modernen Begriff der staatsgefährlichen Lehren, aus denen gelegentlich der Hoch- und Landesverrath fabrikt wird.

Ist die Organisation des Staates, also der Gesellschaft, eine normale das heißt gesunde, so werden ihr einige Extravaganzen nicht schaden. Ist sie aber eine abnormale d. h. ungesunde, dann wird es zur Pflicht eines jeden ehrlichen und verständigen Menschen, radikale Heilmittel dafür zu suchen, die Sache zu diskutiren und sich den Zustand klar zu machen. Diejenigen, welche den krankhaften Zustand der heutigen Gesellschaft verurtheilen, theilen sich in drei Klassen: in Ignoranten, Menschenfeinde und Egoisten. — Diejenigen, welche für den Fortbestand sind, welche den Erdörterungen und Forschungen dieses Gegenstandes feindlich gegenüber stehen, das sind auch zugleich die Feinde des Staates, der Gesellschaft! Wenn der Einzelne nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, für sein Wohlbestehen geistig und körperlich zu sorgen, in welcher höherem Maße hat es dann die Gesellschaft! Dieses Recht könnte auch der Gesellschaft eigentlich gar Niemand streitig machen, sobald sie mündig wäre; warum ergält man sie aber in Unmündigkeit? Um sie zu überantworten. Wer die Unmündigkeit der Gesellschaft ausbeutet, begeht einen Betrug, und wer sich an den Berechtigten einer Idee vergewaltigt, einen Akt der Tyrannei. — Was ist staatsgefährlich? Was der Majorität schadet. Nicht die Sozialdemokratie, aber der Ultramontanismus, die Abels- und Geldaristokratie sind staatsgefährlich. Der Ultramontanismus ist staatsgefährlich*), das beweist wohl die neue Reichsgesetzgebung, das beweist das Konzil, das beweisen die neuesten Vorgänge in Rom, (Wort) Vinz, Vater Gabriel (Schändung) Breisach, unnatürliche Wollust, Folgen des schändlichen Götzbaues, der neueste Doppelmord in Ostrow, herbeigerufen durch die Zensurlehre, beweisen die Prozesse der Jesuiten wegen Anstiftung von Mord, Erbschleicherei, Betrug, Unterschlagung. — Die Abelsaristokratie ist um so staatsgefährlicher je mehr sie Privilegien besitzt. Die Geldaristokratie aber ist am staatsgefährlichsten, weil sie unansprechlich den Pauperismus im Gefolge hat, und die ganze Menschheit in 2 Klassen scheidet, in Schwelgende und Darbennde, in Abhängige und Unabhängige, in Herren und Sklaven. Sie macht sich eben so die Fürsten wie die Völker tributpflichtig. Will man in Wahrheit alles beseitigen, was dem Staate d. h. der Gesellschaft bisher gefährlich geworden ist und noch wird, so bleibt dem ehrlichen Reformator kein anderes Mittel übrig, als die ganze politische und soziale Gesellschaftsordnung zu beseitigen, denn liegt der Majorität, also dem Volke gefährlich! — Ich habe das natürliche Recht, alles zu besprechen, also auch Staatsinstitutionen; ich habe das Recht, sie zu kritisiren und brauche dazu des Staates besondere Erlaubnis nicht. Ich habe das natürliche Recht, zu denken und meine Gedanken mitzutheilen, und wer mir dieses Recht streitig machen will, begeht ein Unrecht. Ueber das Facit meiner Gedankenarbeit sind nur zwei Fälle anzunehmen. Entweder ist es richtig oder falsch, praktisch oder unpraktisch, ausführbar oder unausführbar! — Ist es das Erstere, so wird es sich Bahn brechen, trotz allen Hindernissen. Ist es das Letztere, so wird es früher oder später zu Grunde gehen wie die Lehren der römischen Hierarchie! — Man sagt, die Lehren der Sozialdemokratie seien staatsgefährliche Uto-

*) „Staatsgefährlich“ ist auch der Ultramontanismus nicht. In den Vereinigten Staaten, wo er vollkommen freien Spielraum hat, läßt sich von einer Gefahr für den Staat absolut nichts verspüren. In einem freien gesunden Staat, giebt es (wie Freund Roland ja oben selber gesagt) nichts Staatsgefährliches, weder staatsgefährliche Lehren noch staatsgefährliche Menschen. In unfreien, ungesunden Staaten sind aber nicht die jetzigen Menschen und Lehren „staatsgefährlich“, welche auf Beseitigung, sondern umgekehrt diejenigen, welche auf Erhaltung der vorhandenen Schäden abzielen. Die wahrhaft staatsgefährlichen Individuen in solchen Staaten sind also die Minister, Staatsanwälte, Polizeibeamten, Offiziere, sowie Richter und Kammermitglieder u. s. w. D. R. b. B.

pien. Nun denn, alles was auf Erden existirt, ist unvollkommen, weil die menschliche Natur unvollkommen ist, aber das Unvollkommene ist die heutige soziale Ordnung und das heutige Steuersystem, sie bedürfen bringen einer gründlichen Reform. Als Staatsbürger habe ich das Recht, alle Staatsinstitutionen zu untersuchen, zu beleuchten und zu kritisiren. Die Ideen lassen sich nun einmal nicht todt schlagen, und alle Verfolgungen haben nur den einen Erfolg, daß sie das Eisen in Stahl verwandeln! — Der freie Gedanke wird die Gefängnisse durchbrechen, so sehr man sie auch bauen möge! Die Sozialdemokratie verbreitet keine Lehren, welche der Gesellschaft Schaden bringen, aber dem Egoismus, dem Privilegium sind sie gefährlich und darum die Treibjagd, darum das Gallo, darum die Sozialistenhege! Ihr nennt Euch stets mit Vorliebe Christen und sagt dennoch, die Sozialdemokratie sei ein Utopien? Nun denn! Dann was das Christenthum ein Utopien, aber durch die Sozialdemokratie soll es zur Wahrheit werden. Vieles, was heute gewohnte Praxis ist, hielt man vor 60 Jahren noch für Utopien und dennoch ist es ausgeführt worden, auch unsere Ideen gehen der Zeit ihrer Ausführung entgegen. Schaut auf alle Völker und Zeiten, sagte der Republikaner Casselar in seiner Rede über die Internationale, ob nicht überall und immer ein Utopien sproßt: der Glaube an einen Erbfürsten aus dem Gland!

Das Utopien des Gefangenen ist die Freiheit! Das Utopien des Armen, das Ende seiner Entbehrungen! Das Utopien des Menschenfreundes, das Ende des Menschenfeindlichen. Alles, was in der Utopie falsch ist, wird untergehen, das Wahre und Fortschrittliche aber wird leben, erstarren und sich vervollkommen! Wie die Körper verschiedene Stoffe aufnehmen, so auch die Gesellschaft verschiedene Ideen! Die schönste aller Ideen aber ist die Sozialdemokratie, deshalb huldigt Ihr und emancipirt Euch von der Dunkelheit!

Leipzig, 25. Januar. Welche Hindernisse dem Arbeiter erwachsen, wenn er im Falle der Schädigung an Leib und Leben das Haftpflichtgesetz in Anspruch nehmen will, mag folgender Vorfall zeigen: Der Arbeiter Heinrich Kleeberg stand bei dem Seilermeister Ernst Lutter hier in Arbeit, und zwar hatte derselbe das Dreheln und Spinnen von Pferdehaaren zu besorgen. Da diese Haare erst gedämpft und getrocknet werden, so ist der Arbeiter gezwungen, den ganzen Staub und Schmutz und all die schädlichen Maschinen, welche dieser Artikel seiner Natur nach enthält, bei der Bearbeitung einzuathmen. Was die Gefahr hierbei noch erhöht, ist, daß diese Haare meist aus Polen und Rußland, und zwar sehr oft von allenlei Krankheiten freireitem Vieh herrühren. Bei Kleeberg stellte sich denn auch im vorigen Herbst am Kinn ein kleines Geschwür ein, das heftigen Schmerz verursachte; seine Mitarbeiter machten ihn darauf aufmerksam, daß das eine „Haarvergiftung“ sein könnte. Als er seinem Prinzipal das Geschwür zeigte, schickte ihn dieser sofort ins städtische Krankenhaus. Nachdem er hier einige Tage zugebracht, unterrichtete ihn der Dirigent für die Operationen, Herr Geheimrath Thiersch, indem er ihm sowohl aus der Nähe des Geschwüres wie aus der Ferne je einen Tropfen Blut entnahm. In Folge des Resultats der Blutuntersuchung mußte sich Kleeberg im Laufe desselben Tages einer Operation unterziehen, wobei ihm ein größeres Stück Fleisch unter dem Kinn bis an die Gurgel ausgeschnitten und die betreffende Stelle dann mit glühendem Eisen ausgebrannt wurde. Während seiner Krankheit hörte er von dem ihn behandelnden Arzte mehrfach die Aeußerung, daß er (Kleeberg) an einer partiellen Blutvergiftung gelitten, die bereits so weit vorgeschritten, daß sie bald zu einer allgemeinen Blutvergiftung geworden wäre, und dann unzweifelhaft seinen Tod herbeiführen hätte. Ursache dieser Vergiftung war nach Ansicht des Arztes die Beschäftigungswaise. Jetzt aus dem Spital und auch aus der Arbeit des Seilermeisters Lutter entlassen, will Kleeberg auf Grund des Haftpflichtgesetzes Entschädigung von seinem Arbeitgeber beanspruchen. Dieser verweigert sie. Ein Rechtsanwalt aber, an den sich der geschädigte Arbeiter gewandt, erklärt — und mit Recht — daß ein ärztliches Attest darüber beizubringen sei, daß die Beschäftigung die Ursache der Krankheit gewesen sei. Herr Geheimrath Thiersch seinerseits aber erklärt jetzt, daß er „bestimmt“ dies nicht behaupten könne, er vermüthe es nur. So liegt die Sache bis heute. Anzuführen ist, daß bereits mehrere Arbeiter derselben Branche hier in den letzten Jahren an demselben Uebel gelitten, ja daß sogar zwei Arbeiter, die bei dem Seilermeister Rheinhardt arbeiteten, vor circa 3 Jahren, an derselben Krankheit gestorben sind. Hiernach sollte man meinen, liege die Krankheitsursache bei Kleeberg zweifellos zu Tage. Mit welcher Leichtfertigkeit von Seiten der Unternehmer diese so gefährliche Beschäftigung behandelt wird, ersieht man daraus, daß die Arbeiter ohne die geringsten Vorsichtsmaßregeln (Respiratoren und dergl.) beschäftigt werden. — Die Polizei schreitet zwar ein, wenn ein Hund oder ein Pferd mastrirt wird, — wenn aber Arbeiter durch gefährliche Beschäftigung ruiniert und getödtet werden, dann trüht kein Hund darnach: Menschenfleisch ist billig.

Schwangen. Ein Mittel gegen den Sozialismus, und zwar ein unsehbares ist von dem hiesigen „Katholischen Kirchenblatt“ entdebt worden, und wird in Nr. 8 vom 21. Herbst empfohlen.

Das Mittel heißt: Katholische Seifenvereine. „Die geheimen Gesellschaften“, so beginnt das ehrenwerthe Blatt seinen mit der nicht mehr ungewöhnlichen Aufschrift „Zur sozialen Frage“ versehenen Memorialartikel, sind eingeschleuderte Wesen die gefährlichsten Feinde des Glases und der Ruhe, ohne welche die christliche Gesellschaft nicht bestehen kann. Einer der gefährlichsten Geheimbünde (Hul Hul) ist der Arbeiter-Verein, der sich die „Internationale“ nennt.*) Thatsache ist, daß dieser gottlose Verein nur da Hoben unter den Arbeitern, Meistern und Gesellen gewinnt, wo der Unglaube und die Religionslosigkeit herrschen. Umgekehrt, wo Glauben und Gottesfurcht gepflegt werden, ist für diese verderbliche Partei kein Auskommen. Wo immer daher die katholischen Seifenvereine blühen, ist der „Internationale“ der Weg abgeschnitten, da ist auch die große That geschehen für das zeitliche Glück der Bürger und die Ruhe der Staaten. Daher theilen wir nachfolgenden erfreulichen Bericht über den Seifenverein als ein günstiges Zeichen für die angebahnte Heilung unserer gesellschaftlichen Zustände mit.

(Folgt eine rührende Beschreibung des Stiftungsfestes, das mit Gottesdienst, Abendmahl, Votterie, „heiterer Geselligkeit“ — was wohl Kneiperei bedeuten soll —, Belobung der sparjamigen Gesellen“, Musik und möglicherweise, doch wollen wir nicht für gewiß behaupten, denn der Bericht läßt den Punkt dunkel, auch mit Tanzen ebenso wichtig als mannigfaltig gefeiert worden ist). Wir hoffen, daß unser protestantisches Spießbürgerthum in Andernrecht der Entdeckung des „Kirchenblattes“ das Geschimpfe auf die Katholiken resp. Ultramontanen aufgeben, und daß sich das Pfaffen- und Pflüsterthum beider Konfessionen zum Kampf gegen die „Internationale“ einigen werde. Den Titel „katholisch“ könnte man ja von den Seifenvereinen wegnemen, und ihnen irgend einen beliebigen konfessionslosen Beinamen geben z. B. kopfhängerische Seifenvereine, muckrische Seifenvereine, u. s. w.

Eßlingen. In der Baumwollenspinnerei Merkel u. Kühne hat der Korrespondenzartikel von hier in Nr. 7 d. Bl. förmlich eingeschlagen. Es hielt Jemand dem Herrn Kühne sen. sogar den „Volksstaat“ vor und fragte ihn, ob er das Blatt nicht lese. „Nein“, sagte der Alte, „so liebevolle Blätter lese ich nicht.“ Hinzuzufügen ist, daß in genannter Fabrik 12 Stunden Ueberzeit bloß als ein Arbeitstag angerechnet werden, so daß also eine Arbeiterin bei 17-stündiger Arbeitszeit nur 48 fr. verdient!

Wiesbaden, den 21. Jan. Sonntag, den 14. Jan. hielten wir eine allgemeine Arbeiter-Versammlung hier ab, in der Herr Kun (Mitglied des allgemeinen deutschen Arbeitervereins) und Parteigenosse Wilhelm die Ziele der Sozialdemokratie an der Hand unseres Programms darlegten.

Der Verlauf der Versammlung war ein guter, obwohl das schlechte Wetter Viele abgehalten.

Winterthur, 22. Januar. Die Schutzmacher werden gewarnt vor Zugung, indem die Eventualität einer Arbeitseinstellung hier eintreten könnte, da die Arbeiter in sämtlichen Fabriken eine Lohnerhöhung beanspruchen und wahrscheinlich auf Widerstand stoßen werden.

*) Das „Katholische Kirchenblatt“ hat im „Neuen Sozialdemokrat“ einen würdigen Kampfgesossen gefunden; derselbe bemüht sich mit einem Eifer, der hoffentlich von Stieber gebührend anerkannt wird, die Internationale Arbeiterassoziation zu einer geheimen Gesellschaft zu hampeln, welche Weibergemeinschaft anstrebt. Siehe Nr. 12 der „Neuen“, Seite 2, Spalte 3.

- Am Montag wurde die Redaktion des „Volksstaat“ in verschiedenen Preisen verurteilt und zwar nach folgendem Tarif: (Liebknecht) Beleidigung des Kaisers von Deutschland 25 Thlr. („Kartätschenprinz“.)
 — Ditto 10 Thlr. („Kaiser Bomba“.)
 — Beleidigung des Königs von Sachsen 20 Thlr. (Besprechung einer Thronrede.)
 — Beleidigung eines Bezirksgerichts (Mittweida) 10 Thlr. (Küddischer Prozeß.)
 (Hepner) Beleidigung der Militärbehörden 10 Thlr. (Veröffentlichung von Soldatenbriefen.)
 (Liebknecht) Beleidigung eines Fabrikanten (Reich in Meerane) 5 Thlr.

Ziele, dessen seitdem eingegangene „Dorfzeitung“ den Artikel mit der angeblichen Beleidigung des Königs von Sachsen abgedruckt hatte, wurde ebenfalls zu 20 Thlr. Geldbusse verurteilt.

Mit der Dezembernummer des vorigen Jahrs ist die letzte des „Borbote“ erschienen. Um bei dem außerordentlichen Anschwellen der Arbeiterbewegung in Deutschland seine Aufgabe erfüllen zu können, hätte der „Borbote“ bedeutend vergrößert werden müssen, jedoch im Ausland erscheinend wäre dann nicht auf den zur Kostenbedeckung nötigen Absatz zu rechnen gewesen. Und so blieb nichts anderes übrig, als das uns allen theuer gewordene Blatt eingehen zu lassen. Wir werden aber im Einverständnis mit unserem alten Freund Johann Philipp Becker dahin wirken, daß der „Borbote“ im „Volksstaat“ fortlebe.

Mit dem 1. d. trat Parteigenosse Bahlteich seine 4 monatliche Haft in Hubertusburg an. Er ist verheiratet und hat ein Kind.

Von Frau Dittich aus Schandau erhält die „Demokratische Btg.“ folgende Zeilen: „Es ist eine entsetzliche Lage, in der ich mich befinde, nachdem mein Mann ganz unverhofft und ohne irgend welche Vorkehrungen treffen zu können, zur Verbüßung seiner zehnmönatlichen Gefängnisstrafe eingezogen worden. Es bedarf meiner ganzen Kraft, auch in diesem neuen Lebenssturm den Kopf nicht zu verlieren. Wer in ein Bespennest schlägt, setzt sich der Gefahr aus, geißelt zu werden, so hat das Freiheitsstreben meines Mannes und Verfolgungen der traurigsten Art zugezogen. Unsere pekuniären Mittel sind durch Wegnahme, fortwährende Konfiskationen der Broschüren und Nummern der „Remesse“ erschöpft. — Dazu tritt noch die Laubzeit im Zahren der Schulden — und leider die Gleichgültigkeit des Volkes, für das mein Mann gestritten und gelitten — o Freund! ist das ein Kämpfen. Heute hat mir der Bruder, dem wir nichts schulden, die Nr. 2 der „Remesse“ mit Nachnahme gesandt, die ich natürlich nicht annehme, 1) aus Grund, 2) konnte ich es nicht. Unser Unternehmen war blühend, fortwährend kamen Bestellungen. Doch jetzt ist Alles gefährdet, wenn uns nicht Hilfe wird.“
 Dazu bemerkt die „Demokratische Btg.“ und wir schließen uns ihr an: „Wir richten an alle unsere Gesinnungsgenossen die dringende Bitte, der Dittich'schen Familie und seinem Unternehmen beizuspringen. Es gilt einem wackern Streiter für Freiheit und Aufklärung ein Zeichen der Anerkennung zu geben. Hilfe geschieht durch Geldunterstützungen und zahlreiches Abonnement auf die billige „Remesse“. Alle demokratischen Blätter bitten wir um Abdruck der vorstehenden Zeilen.“

Das allgemeine und gleiche Wahlrecht im Weimar'schen Landtage.

Am 23. und 25. Jan. fand im Landtage die Beratung und Abstimmung über die Petitionen betreffs des allgemeinen und direkten Wahlrechts statt. Kurz vor der überhaupt nur durch Petitionen aus allen Theilen des Landes hervorgerufenen Beratung, traf auch die Petition von Apolda ein.

Mit 15 gegen 14 Stimmen wurde vom Landtag schließlich das allgemeine und gleiche Wahlrecht verworfen, während die Einführung des direkten Wahlmodus angenommen wurde. Dagegen stimmten: Schomburg, v. Delldorf, v. Rothenhan, v. Heine, Köpchenbusch, Heidenreich, v. Horst, Scheide, Franke, Kappaus, Rösch, Müller, Hildebrand, Appianus. Die Klassenvertretung des großen Grundbesitzes und der sog. 1000 Thaler-Männer wurde also beibehalten.

Wenn für eine solche Beibehaltung besondere Vorzugungen die Bevorrechtigten selbst stimmen, so ist das erklärlich; daß aber die vom übrigen Volk Gewählten für eine solche Bevorzugung eintreten können, ist fast ungläublich. Ramentlich haben in dieser Richtung die Abgeordneten aus Apolda und Umgegend sich ausgezeichnet.
 Herr Scheide aus Stroba, Vertreter der ländlichen Bevölkerung, glaubt nicht für eine solche Erweiterung des Wahlrechts stimmen zu können. Ob er die ländliche, bis jetzt nicht berechtignte Arbeiterbevölkerung schlecht? Wer kann's glauben? Die Interessen des Volkes hat er auf keinen Fall vertreten.

Herr Bürgermeister Franke, ein 48 politisch Gemäßigter, und ebenso vom Volke gewählt, scheint auch das Volk noch nicht reif genug zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht zu halten. Sollte er etwa, wie der Abg. Hildebrand aus Jena, meinen, es würden dann nicht die nötigen „Intelligenzen“ in den Landtag kommen, trotzdem daß Herr Franke wissen muß, daß mancher Beamte seine Existenz dem gleichen und direkten Wahlrecht zu verdanken hat? Die braven „Intelligenzen!“

Am besten dabei ist der Abg. Rösch, der direkte und indirekte Vertreter des Volkes von Apolda. In wohlwönder Rede eröffnete er dem versammelten Landtage, „daß er stets der freiheitlichen Entwicklung das Wort gesprochen“, daß ihm aber der Schritt zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht doch gleich zu groß erscheine; er sei nicht für den Superlativ, der Comparativ genüge. Für das direkte Wahlrecht werde er stimmen, für das allgemeine und gleiche nicht. Der freiheitlichen Entwicklung habe er stets das Wort gesprochen!

Herr Kappaus, welcher uns als höchst „intelligent“ bekannt ist, stimmte auch dagegen, was uns gar nicht Wunder nimmt, da er bei andern Gelegenheiten, z. B. bei Abstimmung über die Friedensgerichte, wenn wir nicht irren, in derselben Weise gehandelt hat; ist es ja auch seine Pflicht, diejenigen zu vertreten, welche ihm Glanz und Würde eines Landtagsabgeordneten zu sichern suchen, nämlich die 1000 Thlr.-Männer.

Daß die Furcht vor der Sozialdemokratie, vor der Masse der Arbeiter, der Grund gewesen sein sollte, — nein, das glauben wir nicht. Du aber, Volk, ehre deine Vertreter!
 Im Namen der Sozialdemokraten Apolda's.
 G. A. Reichelt, Julius Dorn.

Im Kleinen wie im Großen.
 Schwarzburg-Rudolstadt. Im Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt (Bundes-Exekution seligen Andenkens) war der Landtag am 13. Dez. v. J. zusammengetreten, um über neue Steuern

zu beraten. Durch die Regierung zu der Alternative gedrängt, entweder eine neue Grund- und Gebäudesteuer oder 30 bis 35 Prozent Zuschlag zur Klassensteuer zu bewilligen, gab die Landtagsmajorität nach.

Unter andern war auch eine Petition von Frankenhäusern da, welche die Trennung der Schule von der Kirche forderte. Da nun die Petition diese Frage im großen Ganzen behandelte, und von einer Resolution der Sache abgesehen war, dieses dem Landtage überlassend, so wurde auch von dem Rechts-Ausschuß ein Antrag eingebracht, dahin gehend:

„Die Schule steht unter der ausschließlichen Verwaltung des Staates, die Schulspektoren werden vom Staate angestellt.“
 Also der Staat kann demnach auch Geistliche anstellen; es liegt nur an ihm, es so thun, und daß er es thut, darüber ist wohl kein Zweifel. — Da nun gerade bei der Schulfrage die Kirchenfrage erörtert wurde, kam auch die famose Jesuitengeschichte zur Debatte (daß der Bischof von Paderborn Oberhirt über die katholischen Untertanen des Fürstenthums sein soll, in die sich die Herren so hincinarbeiteten, daß der Abgeordnete (Parteigenosse) Welle sagte:

„Meine Herren! Sie wollen ein Schulgesetz beraten, Sie wollen die Geistlichkeit aus den Schulen entfernen, und dabei wird wahrscheinlich ein Antrag zum Gesetz erhoben, welcher dem Staate das Recht giebt, Geistliche an Inspektoren anzustellen; dann haben wir weiter nichts als einen Formwechsel in dem todten Buchstaben des Gesetzes, im Prinzip ist es dasselbe wie heute; da aber doch, wenn der Antrag angenommen werden sollte, das Gesetz mehr abgegrenzt werden muß, so stelle ich dazu das Amendement:
 „Gründlicher unentgeltlicher Unterricht in Volksschulen für Alle von Staatswegen.“

Welle legte nun seine Motive klar, bei der Abstimmung stimmte dafür — der Antragsteller! —

Also in Allem bleibt es sich gleich im großen wie im kleinen Staat. Der Arbeiter kann und darf nichts fordern, was die Bildung befördert, er würde sonst Vieles sehen, was er jetzt nicht sieht!

Der erste Hofkavalier des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt schlug mit der Beifügung von der Kutsche herab einen Bürger ins Gesicht; darüber zur Rede gestellt, erwiderte der Herr Hofmarschall z. Seiner Durchlaucht, von Humbrecht: „Es ist so meine Gewohnheit.“

Reichhausen bei Augsburg. In Erwägung, daß die hiesigen Metallschläger-Gehilfen ihre volle Schuldigkeit in Hinsicht des Chemnitzer Streites gethan haben, glaube Unterzeichneter erwarten zu dürfen, daß auch die Arbeitseinstellung der Metallschlägergehilfen durch die Unterstützung der Parteigenossen freigeig durchgeföhrt wird. Einseitiges Zusammenwirken ist gewiß!

Ludwig Jörg
 Vorstand des soz. dem. Arbeiter. „Vorwärts“.
 Unterstüzungen werden erbeten unter Adresse Jakob Blum Nr. 330.

Peß, 20. Jan. Da in diesem Jahre das Parteiorgan noch keine Notiz aus Peß gebracht hat, so nehme ich mir die Freiheit, den auswärtigen Parteigenossen Verschiedenes mitzutheilen, was um so nötiger ist, als man aus dem Umstand, daß sie etwas berichtet wird, schließen könnte, daß hier wirklich Alles zu großer Zufriedenheit zugehen muß.

Doch man täuschte sich sehr! —
 Vor allem Anderen will ich über die schon bekannte Arbeitseinstellung in der „L. ung. Staats-Maschinen- und Waggonfabrik“ Näheres mittheilen.

Am 8. d. M. ließ die Direktion obengenannter „Staats-Fabrik“ eine Hausordnung anleben, welche eher in eine Sklavenhafterei als in eine „L. ung. Staats-Maschinenfabrik“ gepaßt hätte.

Zur Charakterisierung dieser famosen Hausordnung sollen nur folgende Paragraphen hervorgehoben werden:

§ 1. Jeder Arbeiter hat seine früher erhaltenen, hauptsächlich aber sein letztes Zeugniß bei seinem Eintritte in der Werkstätte seinem Werkmeister zu übergeben.

§ 2. Die Arbeitszeit ist für das ganze Jahr, von 7 Uhr Morgens bis 12 Uhr Mittags, von 1 Uhr Nachmittags bis 6 Uhr Abends.

§ 4. Der Eintritt in die Fabrik kann nur Morgens um 7 Uhr und Mittags um 1 Uhr stattfinden. Das Thor wird präzis um 7 Uhr und 1 Uhr geschlossen.

§ 5. Während der Arbeitsstunden darf kein Arbeiter die Fabrik ohne Erlaubniß verlassen.

§ 6. Die Auszahlung des Lohnes findet jeden Samstag statt, 2 Tage nach dem erfolgten Abschluß der Lohnliste, so daß die in den 2 letzten Tagen vor dem Zahltag verdienten Löhne erst am folgenden Zahltag zur Abrechnung kommen.

§ 8. Jedes Eintreten oder Austreten aus der Fabrik auf einem andern Wege, als durch den Haupteingang, ist bei §. 5 — Strafe unterliegt.

§ 9. Jedem Arbeiter ist bei Vermeidung eines Abzuges von 25 fr. unterlagt, unnötigerweise in den Werkstätten oder überhaupt in der Fabrik umherzulaufen, sowie Arbeit in der Arbeit zu stören.

§ 10. Mit Feuer und Licht hat jeder Arbeiter mit der größten Vorsicht umzugehen, das Tabakrauchen in der Fabrik ist bei Strafe von 50 fr. unterlagt.

§ 11. Das Bringen von Speisen und Getränken in die Fabrik ohne besondere Erlaubniß ist nicht gestattet, und wird im Betretungsfall mit 1 fl. 5. B. bestraft.

§ 12. Jeder Arbeiter ist verpflichtet, in die Krankenkasse der Fabrik statutengemäß beizutragen.

§ 15. Da wo es abgeschlossene Verträge nicht anders bestimmen, ist man gegenseitig gehalten, 8 Tage vor dem Austritt anzukündigen; solche Ankündigungen können jedoch nur am Zahltag selbst geschehen. Eine alsbaldige Entlassung kann stattfinden:

a) von Seiten des Stabliements, wenn der Arbeiter sich Folgendes zu Schulden kommen läßt: Ungehorsam, schlechte Arbeit trotz mehrfacher Ermahnungen, Schlägereien, wiederholte vorsätzliche Verstämmung der Arbeitszeit, wiederholte Trunkenheit, Veruntreuungen irgend einer Art, amtliche Beschlaglegung des Lohnes.

b) von Seiten der Arbeiter, wenn dieselben durch glatte Schriften nachweisen können, daß sie durch Angelegenheiten abgerufen werden, deren Erledigung sich nicht länger verschieben läßt. Bleibt demnach geachtet ein Arbeiter weg, ohne seine Entlassung erhalten zu haben, so hat er keinen Anspruch auf den ihm etwa gutkommenen Lohn.

§ 17. Die auf den Zahltag Bezug habenden Reklamationen müssen längstens bis den darauf folgenden Montag Mittag angemeldet sein. Spätere Reklamationen werden nicht mehr berücksichtigt. — Diese Auszüge werden genügen.

Selbst die allernützigsten Arbeiter wurden durch diese „Hausordnung“ aufgerüttelt, indem sie auf Erweisen dieser Hausordnung in corporo die Arbeit einstellen.

Der bekannte „Geschäftsreiter“ Alex. Thais ward gleich munter, und sandte 2 Kompagnien Militär zur Losoneger-Bahn, um die Gerechtigkeit fordernden Arbeiter zu bewachen. Er mußte aber zu seinem größten Bedauern sehen, daß die „unkultivirten“ Arbeiter so schlummern waren, ihm zu Liebe kein „Revolutionärschrei“ anzustellen; er mußte daher nach 2-stündigem „Warten“ mit seinem Militär wieder — aber ohne Ruhm — abziehen. — Die Arbeiter gingen ruhig nach Hause, und kehrten den andern Tag wieder zur Arbeit, da ihnen die Abänderung der Hausordnung versprochen wurde, was auch geschah.

Von unsern Parteigenossen sind noch 4, Zhringer, Kältsöldi, Sarkas und Poliper, verhaftet; man hofft, daß auch sie bald das Licht der Freiheit erblicken werden.

Reudorf b. Staßfurt. Ausbreitung der Partei. Während wir bis er nur 12 Exemplare des „Volksstaat“ bezogen, lesen wir jetzt 20, nebst 7 Exemplaren Braunschweiger „Volksfreund“ und 1 Exemplar „Remesse“ — für ein Dorf von 4000 Einwohnern im Vergleich zu Berlin gewiß nicht zu wenig. Wenn überall, wo

*) Solche „Gewohnheiten“ sind nicht eher auszurotten, als bis die Bürger ihrerseits die „Gewohnheit“ annehmen, jeden belienigen — Humbrecht die Peitsche zu entreißen und auf dem Rücken herumtaugen zu lassen!

wir Mitgliedschaften haben, für unser Parteiorgan so agitiert würde, wie hier, müßte der „Volksstaat“ in Deutschland ebensoviel Abonnenten haben, wie die „Gartenlaube“.

Spandan. Wir haben hier in letzterer Zeit mehrere größere Versammlungen abgehalten, zum Theil über die Hirsch-Dunkerschen Einigungssätze. Unsere Berliner Freunde haben uns dabei durch agitatorische Kräfte unterstützt. Der Ortsverein, Herr Kirchstein, zweiter Vorsitzender des Handwerkerbildungsvereins, benahm sich in einer dieser Versammlungen als würdiger Anhänger des Knüppel-Kastler, denn er suchte in einer Weise Skandal zu machen, welche einem Eisküner alle Ehre machen würde.

Für Annoncen III. und IV. Quartal 1871.

- Das zu entrichten:
 Coblenz: Arb.-Part. 5 Ngr.; Dresden: Int. Schum.-Gew. 2 Ngr. 5 Pf.; Breslau: S.-d. Arb.-Part. 3 Thlr. 4 Ngr. 5 Pf.; Berlin: S.-d. Arb.-Part. 4 Ngr., Demokr. Arb.-Ver. 7 Ngr.; Hannover: Int. Metall-Arb.-Gew. 10 Ngr., S.-d. Arb.-Ver. 1 Thlr. 14 Ngr. 5 Pf.; Meerane: Volksverein 7 Ngr. 5 Pf.; Bln: S.-d. Arb.-Part. 1 Thlr. 1 Ngr. 5 Pf., Int. Schum.-Gew. 7 Ngr., Int. Holzarb.-Gew. 8 Ngr.; Rößlig: S.-d. Arb.-Ver. 12 Ngr.; Hamburg: S.-d. Arb.-Ver. 1 Thlr. 24 Ngr.; Pforzheim: S.-d. Arb.-Part. 16 Ngr. 5 Pf.; Hohenstein-Ernstthal: S.-d. Arb.-Partei 3 Ngr.; Rassel: Kantent.-Ver. 12 Ngr.; S.-d. Arb.-Part. 5 Ngr.; Warburg: S.-d. Arb.-Part. 5 Ngr. 5 Pf.; Chemnitz: S.-d. Arb.-Part. 6 Ngr. 5 Pf.; Waldheim: Prob.-Genoss. 26 Ngr. 5 Pf.; Frankenberg i. S.: S.-d. Arb.-Ver. 11 Ngr.; Barmen: S.-d. Arb.-Part. 3 Ngr.; Waldenburg: Volksver. 3 Ngr.; Reichenbach i. B. S.-d. Arb.-Part. 6 Ngr. 2 Pf.; Lunzenau: Arb.-Ver. Borswärts 6 Ngr. 5 Pf.; München: S.-d. Arb.-Part. 4 Ngr.; Erlangen: Int. Gewerkschaften 5 Ngr. 5 Pf.; Bremen: Arb.-Ver. 2 Ngr. Weimar: S.-d. Arb.-Part. 4 Ngr. 5 Pf.; Glauchau: Volksverein 4 Ngr. 5 Pf.; Rylau: Int. Fabr. und Handarb.-Gew. 5 Ngr.; Solingen: S.-d. Arb.-Part. 7 Ngr.; Stollberg: Arb.-Bld.-Berein 5 Ngr. 5 Pf.; Gera: S.-dem. Arb.-Ver. 2 Gr.; Sonnenw. Sozialdemokratischer Arbeiter-Berein 7 Ngr. 5 Pf.; Augsburg: S.-d. Arb.-Part. 3 Ngr. 5 Pf.; Zwickau: Int. Holzarbeitergew. 3 Ngr.; Mühlheim a. Rh.: Int. Manufaktur-Gew. 11 Ngr. 5 Pf.; Herborn: S.-d. Arb.-Part. 6 Ngr.; Leisnig: S.-d. Arb.-Part. 5 Ngr.; Ludenwald: S.-d. Arb.-Part. 3 Ngr. 5 Pf.; Koburg: S.-d. Arb.-Ver. 2 Ngr. 5 Pf.; Offenbach: S.-d. Arb.-Part. 9 Ngr. 5 Pf.

Wir bitten, die obigen Annoncenbeträge und recht bald, und zwar kleinere Beträge in Briefmarken, einfinden zu wollen.

Künftig werden wir die Annoncenbeträge monatlich veröffentlicht. Die Expedition.

Von der „Expedition des „Volksstaats“ sind zu beziehen: Engels, Deutscher Vauerkrieg.

(7 Bdg.) einzeln 5 Gr. in Port. 4 Gr.		
Verhandlungen des Baseler IV. Kongresses des internat. Arb. Bundes mit Bericht des Generalrathes. (8 Bdg.)	3 1/2	3
Liebknecht. Zu Trutz und Schug.	2 1/2	2

Bei dem Unterzeichneten ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

„Es werde Licht“.

Verfassen von Leopold Jacoby. Berlin 1872.
 Ladenpreis 12 Sgr. Bei größeren Aufträgen (6 Exemplaren und darüber), welche durch Vermittelung der Buchhandlung des Ortes an mich gelangen, wird der Preis auf 7 1/2 Ngr. pro Exemplar ermäßigt.
 (3.2) G. G. Olven, Louisenstr. 45.

Zuverlässige Arbeiter für Planofortbau finden dauernde Beschäftigung bei Seifarth in Mannheim. Tägliche Arbeitszeit 9 1/2 Stunden bei durchschnittlich 25% höherem Arbeitspreis.
 (w) 2

Zur Agitation.

An die Parteigenossen zu Vorna bei Leipzig, Rötha, Gönnitz bei Altenburg, Lauscha, Otscha, Großenhain, Meichen, die Bitte, mir bis spätestens den 10. Februar die Adressen der Vertrauensmänner oder Vorsteher, oder irgend eines andern Parteigenossen zukommen zu lassen.

An die Leser des „Volksstaat“ an folgenden Orten: Großröhrsdorf bei Bischofswerda, Baunzen, Rittau, Brand bei Freiberg, Siebenlehn bei Rößeln, Rößwein, Annaberg und Finsterwalde! Senden Sie mir gefälligst umgehend eine Adresse bis zum 10. Februar ein.
 Chemnitz, J. G. Simon, Augustsburgerstraße Nr. 15 Hinterhaus 2 Treppen bei Breitfeld.

Für Breslau.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
 Montag, den 5. Februar Abends 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in Jentsch's Brauerei, Margarethenstr. Tagesordnung: „Das Recht der Arbeiter auf den vollen Arbeitsertrag und das jegige Lohnsystem.“ Vortrag von M. Reiser. Die Parteigenossen werden um zahlreiche Theilnahme ersucht.
 Gäste sind gern gesehen.
 G. Dehne.

Statistische Kommission der Breslauer Arbeiter.

Sonntag, den 4. Februar Abends 6 Uhr, Sitzung im untern Saal der Jentsch'schen Brauerei, Margarethenstr. 7.
 Tagesordnung: Bertheilung der gedruckten Frageformulare an die Spezialkommissionen. Geschäftliche Mittheilung und Wahl von Kassarevisoren.
 G. Weiser, Vorsitzender.

Für Waldheim.

Sitzung der Untersuchungskommission*).
 Sonntag, d. 4. um 10 Uhr Vormittag im Schützenhause.

Tags vorher — Sonnabend Abend.

Große Volksversammlung.

Die Arbeiterbewegung und die Wählerregelung der politischen Vereine.
 Referent: Liebknecht.
 *) Ich bitte die übrigen Delegierten sich pünktlich einzufinden.
 W. L.

Für Leipzig.

Berammlung des Fachvereins der Kürschner und Mützenmacher

Leipzig und der Umgegend.
 Dienstag, den 6. Februar 1872 Abends 8 Uhr im Vereinslokal, Köpplag Ro. 9 bei G. Hascher. — Tagesordnung: Mitgliederaufnahme.
 Der Vorstand.

Allgemeine Arbeiterversammlung.

Sonnabend, den 3. Februar d. J. Abends 8 Uhr im Saale der Weidenhalle. — Tagesordnung: Die Einigung der verschiedenen Fraktionen der Sozialdemokratie.
 Das Komitee.

Versammlung der Metallarbeiter Leipzig's und der Umgegend.

Montag, den 5. Februar im Restaurant Victoria (Goldne Säge) Abends 8 Uhr.
 Tagesordnung: Zweck und Nutzen der Gewerkschaften.
 Referent: Herr Bebel.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Hepner (Redaktion u. Expedition Hofstr. 4.) Druck u. Verlag von F. Thiele.